

KEINE PRIVATISIERUNG DER ÖFFENTLICHEN DIENST- LEISTUNGEN DURCH GATS

1. Was ist die WTO?.....	116
2. Zeitplan der Verhandlungen.....	117
3. Öffentliche Dienstleistungen sind auch Verhandlungsgegenstand	117
4. Was sind öffentliche Dienstleistungen?	118
5. Was heißt GATS-Liberalisierung?	118
6. Warum wird liberalisiert?	119
7. Folgen der GATS-Liberalisierung	119
8. Auswirkungen des GATS	120
9. Welche Forderungen wurden bereits gestellt?	121
10. Wie sieht das EU-Angebot aus?	121
11. Forderungen der AK	122
12. Was ist die Stopp-GATS-Kampagne?	123
13. Anhang	123

Franz Gall

**Mitarbeiter der
Abteilung
Wirtschaftspolitik der
Kammer für Arbeiter
und Angestellte für
Oberösterreich**

Auszug aus WISO 2/2003

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

Derzeit verhandeln die Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation (WTO – World Trade Organization) über die – weitere – Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen (GATS = Allgemeines Dienstleistungsabkommen). In alle Dienstleistungssektoren soll – so der politische Wille vor allem der USA und der EU – mehr Wettbewerb einkehren.

Diese Verhandlungen wurden bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt, Informationen kamen nur über Indiskretionen an die Öffentlichkeit. Erst das im April von der EU abgegebene Liberalisierungsangebot wurde im vollen Wortlaut auf die Homepage der EU-Kommission (http://trade-info.cec.eu.int/europa/index_en.php) gestellt.

*auch öffentliche
Dienstleistungen
stehen zur
Disposition*

Zudem wurde nicht nur über kommerzielle Dienstleistungen (z. B. Versicherungen, Steuerberatung) verhandelt, sondern auch über die so genannten öffentlichen Dienstleistungen.

Es geht also auch um die Versorgung mit Trinkwasser und Energie, Abwasser- und Müllentsorgung, die Schulen und Universitäten, um Spitäler, Altenheime und andere soziale Dienstleistungen, die Verkehrsbetriebe, die Post, Kulturdienstleistungen usw.

Also um die Grundversorgung der Bevölkerung, wo durch Liberalisierung und Privatisierung massive Auswirkungen auf unser tägliches Leben zu erwarten wären.

1. Was ist die WTO?

Sie ist neben dem internationalen Währungsfonds die wichtigste internationale Organisation auf wirtschaftlichem Gebiet. Gegründet wurde sie 1995 und sie hat inzwischen 145 Mitglieder (Industriestaaten und Entwicklungsländer). Ihre Vorgängerorganisation war das GATT (Allgemeines Handelsabkommen) und durch sie sollen Barrieren im internationalen Handel (Beschränkungen des Marktzutritts für ausländische Unternehmen, Zölle und technische Handelshemmnisse zur Benachteiligung ausländischer Produkte) abgebaut werden, um damit weltweit die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

2. Zeitplan der Verhandlungen

- Abgabe der Liberalisierungsforderungen an die anderen WTO-Staaten Ende Juni 2002
- Abgabe der Liberalisierungsangebote an die anderen WTO-Staaten Ende März 2003 (das EU-Angebot wurde Ende April abgegeben)
- WTO-Ministerkonferenz in Cancun/Mexiko September 2003
- Abschluss der Verhandlungen 2004
- Inkrafttreten zum 1. 1. 2005

Es wird also angesichts der zu erwartenden gravierenden Auswirkungen ein ziemliches Tempo bei den Verhandlungen vorgelegt.

Österreich ist seit 1995 Mitglied der WTO. Es verhandelt aber nicht eigenständig, aufgrund der Zuständigkeit der EU für den Außenhandel verhandelt die EU für die Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten müssen dem ausverhandelten Ergebnis zustimmen, je nach Materie einstimmig oder mit Mehrheit. Für die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales, Wasser und Kultur gilt auch nach dem geltenden EU-Vertrag das Einstimmigkeitsprinzip.

*EU verhandelt
für Mitglied-
staaten*

3. Öffentliche Dienstleistungen sind auch Verhandlungsgegenstand

Sie sind vom seit 1995 geltenden GATS-Rahmenvertrag nicht eindeutig ausgenommen – wie oft fälschlicherweise behauptet wird. Öffentliche Dienstleistungen dürfen – damit sie nicht vom GATS-Vertrag erfasst sind – nicht kommerziell und nicht im Wettbewerb ausgeübt werden. Explizit ausgenommen vom GATS-Vertrag sind nur hoheitliche Tätigkeiten wie Militär, Polizei, Notenbanken und die staatliche Sozialversicherung. Allerdings gibt es bei vielen Dienstleistungen, die staatlich ausgeführt werden, auch bereits private Dienstleister (z. B. private Schulen, Universitäten, Kliniken, Privatpolizei),

*explizit
ausgenommen
sind nur
hoheitliche
Tätigkeiten*

wodurch Wettbewerb vorliegt und damit der GATS-Vertrag grundsätzlich gilt.

*Trinkwasser-
versorgung*

Wie durchgesickert ist, sind auch tatsächlich viele Bereiche Gegenstand der Liberalisierungsforderungen bzw. -angebote an die anderen WTO-Staaten. Zum Beispiel fordert die EU von insgesamt 72 anderen Ländern die Liberalisierung der Trinkwasserversorgung. Damit hat aber die Europäische Union zu erkennen gegeben, dass die Trinkwasserversorgung für sie keine öffentliche Dienstleistung mehr ist.

4. Was sind öffentliche Dienstleistungen?

*Gewinnerzielung
steht nicht im
Vordergrund*

Bei öffentlichen Dienstleistungen steht die Versorgung der Bevölkerung und nicht die Erzielung von Gewinnen im Vordergrund: Das heißt, es muss eine flächendeckende Versorgung vom Dienstleister (v. a. Staat oder staatliche Unternehmen, gemeinnützige Einrichtungen) angeboten werden, z. B. die Stromversorgung, Telefonverbindungen, Buslinien auch in kleinen Ortschaften am Land, Nebenbahnen in abgelegene Regionen zu betreiben usw. Zweitens soll auch der Zugang zur Dienstleistung für alle möglich sein, insbesondere auch unabhängig von der Einkommenssituation. Der Staat, die Länder oder die Gemeinden legen die Qualitätsstandards der Leistungen und die Preise (Tarife, Gebühren) fest. Und letztendlich unterliegen diese grundlegenden Dienstleistungen einer demokratischen Kontrolle: Treten Missstände auf, kann dies im Parlament oder im Gemeinderat diskutiert und Abhilfe beschlossen werden.

5. Was heißt GATS-Liberalisierung?

Es geht hier darum, dass Dienstleistungsunternehmen aus anderen WTO-Mitgliedstaaten in Österreich bzw. in der EU ihre Dienstleistungen wie inländische/EU-Firmen anbieten, hier Betriebe aufmachen und Niederlassungen gründen (so genannter Mode 3) können. Diese Unternehmen sollen Dienst-

leistungen auch mit befristet entsendeten Arbeitskräften aus ihren Heimatländern ausführen (so genannter Mode 4) können.

6. Warum wird liberalisiert?

Es wird oft behauptet, dass im Wettbewerb und privat erbrachte Dienstleistungen besser und billiger seien. Tatsächlich stehen aber mächtige wirtschaftliche Interessen dahinter (z. B. der französischen Wasserkonzerne nach Marktöffnung bei der Trinkwasserversorgung in anderen Ländern). Geht es doch allein beim Wasser um ein Umsatzvolumen von weltweit 800 Mrd. Dollar, im Bildungswesen um 2.000 Mrd. und im Gesundheitswesen um 3.500 Mrd. Dollar.

*große
wirtschaftliche
Interessen*

Zitat von EU-Chefverhandler Außenhandelskommissar Lamy: „Wenn wir unsere Zugangsmöglichkeiten zu Auslandsmärkten verbessern wollen, können wir die Barrieren um unsere geschützten Sektoren nicht mehr aufrechterhalten. Wir müssen bereit sein über sämtliche Sektoren zu verhandeln, um zum Big Deal zu gelangen. Dies bedeutet ... schmerzhaftes Einschnitte in einige Sektoren, aber auch Vorteile in vielen anderen, ... wir müssen für unsere Ziele Opfer bringen.“

7. Folgen der GATS-Liberalisierung

Wie im Bereich des Außenhandels mit Waren werden für die liberalisierten Dienstleistungsbereiche auch die in der WTO bzw. dem GATT entwickelten Prinzipien gelten. Unternehmen aus WTO-Staaten müssten inländischen Anbietern gleichgestellt werden (insbesondere der freie Marktzugang und das Prinzip der Inländerbehandlung). Dies ginge so weit, dass ausländische Anbieter klagen können, damit sie auch Zuschüsse aus Steuermitteln wie inländische öffentliche Bildungs-, Gesundheits- oder Verkehrseinrichtungen erhalten.

*Prinzip der
Inländer-
behandlung*

Auswirkung auf Politik Der Entscheidungsspielraum der Politik würde massiv eingeschränkt.

Gesetze und andere Regelungen dürfen selbstverständlich den GATS-Vertrag nicht verletzen und sie dürfen den internationalen Handel nicht unnötigerweise behindern. Sie müssen bei der WTO gemeldet werden und können dort einem so genannten Notwendigkeitstest unterworfen werden.

Auswirkungen auf Arbeitsschutz- und Umweltgesetze Auch Arbeitsschutz- oder Umweltgesetze können dem GATS nicht entsprechen und müssten daher vom Staat zurückgezogen werden! Darüber entscheidet aber nicht das gewählte Parlament, sondern de facto ein Experten-Schiedsgericht bei der WTO (sogenanntes Streitbeilegungsverfahren). Dieses steht über EU-Recht, Verfassung und Gesetzgeber.

Rücknahme von Liberalisierungsverpflichtungen fast nicht möglich Ganz wesentlich ist, dass einmal eingegangene Liberalisierungsverpflichtungen de facto auch nicht mehr zurückgenommen werden können. Dies ist nur in einem komplizierten Verfahren möglich und andere Länder, deren Unternehmen sich durch die Rücknahme der Liberalisierung geschädigt fühlen, können Kompensationen durch Liberalisierung in anderen Bereichen fordern. Im derzeit geltenden Vertrag ist sogar das „Prinzip der fortschreitenden Liberalisierung“, das heißt eine Einbahnstraße der Liberalisierung, verankert. Das GATS stellt also einen schwerwiegenden Unterschied zu Liberalisierungen, die jetzt schon innerhalb der EU (z. B. Strom- und Gasversorgung, Schienenverkehr) stattfinden, dar.

8. Auswirkungen des GATS

Grundversorgung für alle wäre nicht mehr sichergestellt Die GATS-Liberalisierung wäre die Vorstufe zur weiteren Privatisierung von öffentlichen Leistungen. Mit der Folge, dass eine hochwertige Grundversorgung für alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen nicht mehr sichergestellt werden kann und die Interessen nach Gewinnmaximierung einiger Großkonzerne vorherrschen. Diese können aber bei

Wahlen nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wenn die Versorgung sich verschlechtert.

Schon jetzt sind katastrophale Auswirkungen von Liberalisierungen und Privatisierungen feststellbar:

*Beispiele für
Folgen von
Liberalisierungen
und
Privatisierungen*

- z. B. in der teuren und gleichzeitig schlechteren Trinkwasserversorgung in Großbritannien;
- z. B. in der unsicheren Stromversorgung in Schweden und Kalifornien,
- z. B. im städtischen Verkehr in London und im – oft tödlichen – Chaos bei den Eisenbahnen in Großbritannien
- z. B. im sehr teuren, aber mangelhaften Gesundheitswesen in den USA.

Die Einkommen und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in den betroffenen Firmen und Branchen haben sich generell verschlechtert.

Beispielsammlung für fehlgeschlagene Liberalisierung öffentlicher Dienste siehe Anhang.

9. Welche Forderungen wurden bereits gestellt?

Die EU stellte weitreichende Liberalisierungsforderungen an 109 WTO-Mitgliedsländer (Industriestaaten und Entwicklungsländer) vor allem in den Bereichen Wasserversorgung (an 72 Staaten), Finanzdienstleistungen, Bildung, Post- und Kurierdienste, Energieversorgung, Transport. Diese Forderungen waren bis jetzt weitestgehend geheim und sind erst Februar 2003 umfassend bekannt geworden.

10. Wie sieht das EU-Angebot aus?

Die EU-Kommission hat im Angebot – vorerst – verzichtet, Liberalisierungsangebote in den Bereichen Trinkwasserversorgung, Bildung, Gesundheit, Nah- und Schienenverkehr und audiovisuelle Medien (Musik, Film) zu machen.

Dies ist ein wichtiger Erfolg der GATS-kritischen Bewegung. Allerdings kann keine Entwarnung gegeben werden: Dies ist nur das Erstante und niemand wird beim ersten Angebot voll seine Karten ausspielen. Die Gefahr, dass öffentliche Dienstleistungen in weiteren Verhandlungsrunden angeboten werden, ist nicht gebannt.

grenzüberschreitende Arbeitnehmerentsendung

Bereits jetzt hat die EU bei bisher öffentlichen Dienstleistungen wie gewisse Postdienste und Luftverkehrsdienstleistungen Angebote gemacht. Insbesondere hat sie aber im Bereich der grenzüberschreitenden Arbeitnehmerentsendung (Mode 4) weitreichende Angebote gemacht. So soll der Einsatz von ausländischen Schlüsselkräften und Trainees innerhalb eines Konzerns erleichtert werden. Und insbesondere sollen in 20 Dienstleistungssektoren ausländische Unternehmen mit entsendeten Arbeitskräften nur auf Basis eines maximal 12-monatigen Dienstleistungsvertrages mit dem Abnehmer Dienstleistungen ausführen können, ohne dass die Errichtung eines Betriebes oder einer Niederlassung notwendig ist. Dies würde die Gefahr von Lohn- und Sozialdumping auf den europäischen Arbeitsmärkten massiv verschärfen, denn die verlangte Einhaltung des inländischen Arbeits- und Sozialrechts wäre faktisch nicht überprüfbar.

11. Forderungen der AK

- Stopp der laufenden Verhandlungen.
- Analyse der Folgen bisheriger Liberalisierungen auf Qualität und Quantität des Dienstleistungsangebotes, auf die Preise, die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer.
- Generelle Herausnahme der öffentlichen Dienstleistungen von der Liberalisierung, Absicherung und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen.

- Bessere Absicherung durch Übernahme des EU-Vorbehaltes für öffentliche Dienstleistungen (das heißt Rückgängigmachung von Liberalisierungen im Bereich Gesundheit, Bildung und Soziales für Österreich, die seit 1995 gelten).
- Transparenz bei internationalen Wirtschaftsverhandlungen anstelle von Geheimdiplomatie.
- Verankerung der so genannten Kernarbeitsnormen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation in Genf) im WTO-Vertrag (z. B. Verbot von Sklaven- und Kinderarbeit, Nichtbehinderung der Gründung von Gewerkschaften und gewerkschaftlicher Arbeit durch den Staat).

12. Was ist die Stopp-GATS-Kampagne?

Dies ist eine Plattform (<http://www.stoppgats.at>) einer Reihe von Organisationen, die ihre Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema GATS koordinieren. Die Träger der Kampagne sind unter anderem: ATTAC (www.attac-austria.org), der ÖGB (www.oegb.at), die Österreichische Hochschülerschaft (www.oeh.ac.at), Greenpeace (www.greenpeace.at). Zu den Unterstützern gehören die Arbeiterkammer, Gewerkschaften, die Katholische ArbeiterInnen-Bewegung, die Katholische Jugend, die Südwind Agentur, das Sozialstaatsvolksbegehren usw.

13. Anhang

Beispielsammlung für die fehlgeschlagene Liberalisierung öffentlicher Dienste

PENSIONEN

- In **Chile** wurde das Pensionssystem komplett privatisiert und ist seither das teuerste der Welt: Die Verwaltungskosten verschlingen 30 Prozent der eingezahlten Beiträge. Zum

Vergleich: Die Verwaltungskosten der österreichischen Pensionsversicherung betragen 1,8 %.

- In **Großbritannien** betragen die öffentlichen Pensionen rund 350 Euro (5.000 Schilling), das reicht nicht zum Leben. In London leben 30 % der Pensionisten unter der Armutsgrenze. Die privaten Zusatzpensionen sind nicht nur teurer, sondern auch unsicherer, denn:

- Kaum lassen die Finanzmärkte etwas aus, krachen weltweit die privaten Pensionskassen und Lebensversicherer: In **Japan** gingen mit Kyoei Life, Chiyoda Mutual Life und Tokio Mutual Life gleich drei große Lebensversicherer Bankrott; in **England** „berichtigte“ die renommierte Lebensversicherung Equitable Life über Nacht die Werte aller Depots um minus 16 Prozent; in der **Schweiz** wurde die Pleite von Vera/Pavos mit öffentlichen Geldern abgemildert. In den **USA** wurde der Enron-Bankrott zum Pensions-Desaster. Und die **österreichischen** Pensionskassen kürzen einen Teil der Betriebspensionen – nach nur drei mageren Börsenjahren – 2002 um durchschnittlich 3,5 % und 2003 nochmals um durchschnittlich 8 %.

GESUNDHEIT und KRANKENVERSICHERUNG

- In den **USA** steigt die Zahl der nicht krankenversicherten Menschen trotz Wirtschaftswachstum konstant an. 2001 standen bereits 41,2 Millionen Personen oder 15 % der Bevölkerung ohne Krankenversicherung da. Eine öffentliche KV gibt es nur für Bedürftige (Medicaid) und SeniorInnen (Medicare).

- Auf den **Philippinen** sind infolge eines Kosteneinsparungs- und Privatisierungsprogramms bereits 49 % der Spitalbetten in privaten Händen. Die Kosten müssen zum großen Teil die PatientInnen tragen. Nach Protesten wurde zwar ein Versicherungssystem eingeführt, dieses deckt jedoch nur 38 % der Bevölkerung ab. Die philippinische Regierung verwendet noch 2,6 % des Budgets für die Gesundheitsversorgung gegenüber 28,4 % für den Schuldendienst.

- Auch in der **Schweiz** wird Leistung um Leistung aus dem staatlichen Gesundheitssystem herausgenommen. Zahnarztleistungen müssten bereits privat bezahlt oder versichert werden. Als Nächstes sollen alle Leistungen rund um die Schwangerschaft aus dem öffentlichen Gesundheitssystem gestrichen werden – eine besonders „frauenfreundliche“ Privatisierung.

- Der Chef des führenden **französischen** Versicherungskonzerns Axa begründete eine beabsichtigte Verdopplung der Prämien für Behindertenrenten Anfang 2000 gegenüber Le Monde so: „Ich bin eine Versicherungsgesellschaft, mir geht es um Gewinn, nicht um Solidarität.“

WASSERVERSORGUNG

- Die **britischen** Wasserversorger haben nach der Privatisierung die Tarife um 50 % erhöht und 20.000 Haushalten vorübergehend den sprichwörtlichen Wasserhahn abgedreht, weil sie die steigenden Rechnungen nicht bezahlen konnten. Die Wasserqualität hat sich verschlechtert, die Hepatitis-A-Fälle haben sich um 200 % erhöht, die von Dysenterie um 600 %. Die privaten Versorger sind bereits über 100 Mal wegen Vernachlässigung der Wasserqualität rechtskräftig verurteilt worden.

- In der **bolivianischen** Stadt Cochabamba wurden die Wasserpreise nach der Privatisierung verdoppelt. Es kam zum Generalstreik, woraufhin das Militär eingesetzt wurde, ein Siebzehnjähriger wurde erschossen. Cochabamba rekommunalisierte daraufhin die Wasserversorgung. Das ließ sich Bechtel nicht gefallen und verklagte Bolivien vor einer Weltbank-Streit-schlichtungsstelle auf 25 Millionen US-Dollar Schadenersatz.

- Auch in der **argentinischen** Provinz Tucumán stiegen die Wasserpreise nach der Privatisierung um 104 Prozent, und Keime tauchten im Wasser auf. Proteste und Zahlungsboykotte führten zum Rückzug von Vivendi – Générale des Eaux.

POST

Dank Liberalisierung wurden in **Österreich** 638 der 2.300 Postämter geschlossen. In fast 400 Gemeinden ersatzlos. Auch in **Deutschland** werden demnächst 800 „Post-Agenturen“ geschlossen.

STROM

- In **Kalifornien** ist der Strommarkt nach der Liberalisierung mehrfach zusammengebrochen.

- Auch in **Schweden** waren im Winter 2001 Zehntausende Haushalte tagelang ohne Strom (Wasser und Wärme), weil die Reparaturtrupps für von Stürmen geknickte Leitungen eingespart wurden. Die Preise sanken nur vorübergehend. Seit der Markt bereinigt ist und drei Konzerne 90 % der schwedischen Stromproduktion kontrollieren, geht's bergauf. Allein im letzten Winter (2001) stiegen die Strompreise um 40 %. Dazu droht in einigen Jahren eine massive Versorgungskrise, weil die überwiegend im Ausland tätigen Konzerne nicht mehr in Schweden investieren. Auch um die Umwelt kümmert sich der freie Markt nicht. Die einst führende Wasserkraft ist auf Platz drei hinter Kohle und Atomstrom zurückgefallen.

- In **Norwegen** haben sich die Strompreise infolge der Liberalisierung vervierfacht. Anstatt Reserven zu bilden, haben die privaten Energieversorger den Sommerstrom 2002 auf lukrative Auslandsmärkte exportiert, wodurch es im kalten Winter zu Engpässen und somit zur Preisexplosion kam.

- In **Großbritannien** wurde der privatisierte Stromversorger British Energy mit einer öffentlichen Finanzspritze in der Höhe von 1,36 Milliarden Euro vor dem Konkurs gerettet.

GAS

- Auch die Gasmarkt-Liberalisierung wird in **Österreich** zu höheren Preisen und zu sinkender Versorgungsqualität führen, prophezeit Werner Steinecker, Ex-Vorstandsmitglied der Oberösterreichischen Ferngas. Der Grund: Aufgrund des Trends zu Erdgas-Börsen mit Tages- und Stundenpreisen fließe kein Geld mehr in notwendige Infrastruktur.

ÖFFENTLICHER VERKEHR

- In **Großbritannien** bauen die privatisierten Eisenbahnen einen Unfall nach dem anderen, weil ebenfalls nicht in die Infrastruktur investiert, sondern an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Heute kommen in England, das für seine Pünktlichkeit berühmt ist, 80 Prozent aller Züge zu spät. Und wer zur falschen Tageszeit von Birmingham nach London fährt, muss statt 15 Pfund stolze 76 Pfund bezahlen – für dieselbe Leistung! Railtrack, die in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Infrastrukturgesellschaft, wurde rückverstaatlicht.

- Im **Großraum London** wurde der Busverkehr 1986 vollständig dereguliert. Bis 1992 ist die Zahl der Fahrgäste um 22 % zurückgegangen, die realen Fahrpreise bis 1996 um 25 % gestiegen.

- Im **Wien** des späten 19. Jahrhunderts wurden die Straßenbahnen noch von Privaten betrieben. Ihre Performance in puncto Qualität, Service und Arbeitsbedingungen war jedoch so miserabel, dass die „Bim“ kommunalisiert wurde.

- Egal, **wo** der öffentliche Verkehr eingestellt wird, sind die Menschen gezwungen, auf das vielfach teurere, unökologischere und risikoreichere Privatauto umzusteigen. In Österreich sperren die Nebenbahnen im Vorfeld der Bahnliberalisierung zu.

BILDUNG

- Durch die freie Schulwahl und den hohen Anteil privater **Schulen** ist in **Großbritannien** eine soziale und ethische Polarisierung zu beobachten. In sozial schwachen Vierteln dominieren „Restschulen“ mit einem hohen Anteil von MigrantInnen, Armen und schwierigen Kindern, während die Reichen und Schönen in den Villenvierteln unter sich bleiben. Durch die finanzielle Aushungerung der öffentlichen Schulen müssen sich die Schulen zunehmend nach privaten Sponsoren umsehen. So finden sich in Schulbüchern Inserate der „Qualitätszeitung“ The Sun, Schulsportvereine werden vom „Vorbildkonzern“ Nike ausgestattet und große Banken investieren in CD-ROMs und Computerspiele für wirtschaftliche Fächer.

- In den **USA** übernahm die Firma Edison 133 **öffentliche Schulen** mit dem Versprechen, diese effizienter zu managen, die Kosten zu senken und die Leistungen zu verbessern. Eingetreten ist das Gegenteil. Die Kosten stiegen an, während die Leistungen der SchülerInnen abnahmen. Eine von Edison gemanagte Volksschule in San Francisco rutschte auf den letzten Platz (75) „in town“ ab. LehrerInnen und Personal wurden gekündigt, um Kosten zu sparen. Bilanzmanipulationen und angehäuften Schuldenberge ließen den Börsenkurs von Edison Schools Inc. von 38 auf 1 Dollar abstürzen. Mitte 2002 kämpft das ehemalige „Wunderkind“ der profitorientierten Bildung mit dem Konkurs.

**Eine ausführlichere Beispielsammlung mit Quellenangaben erhalten Sie im Stopp-GATS-Büro:
1050 Wien, Margaretenstraße 166, infos@stoppgats.at,
Tel.: 01 / 546 41-431.**

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at